

PARLAMENT AKTUELL



Newsletter des NR Abg. Gerhard Steier

15.12.2006

Mehr Informationen: www.gerhardsteier.at

Inhalt

Seite

I.	Kurzinformation zu den Plenarsitzungen vom 14. und 15.12.2006	2-6
II.	Aktivitäten	
	a) Parlamentarische Anfragen und Anträge	6
	b) Neuigkeiten aus der EU	7
	c) Reden	7-8

I. Kurzinformation zu den Plenarsitzungen vom 14. und 15.12. 2006¹

Eine Anhebung der Mindestpensionen und das Aus für den so genannten „Haubner-Erlass“ waren die Höhepunkte der Plenarsitzungen am Donnerstag und Freitag. Nach der **aktuellen Stunde** am Donnerstag (Themenwahl ÖVP, „Mehr Jobs, mehr Wachstum, mehr Innovation – Österreichs Wirtschaft auf Erfolgskurs“) wurde ein 5- Parteien-Antrag auf eine Völkerrechtsklage in Sachen AKW Temelin beschlossen. Danach standen Erste Lesungen mehrerer Anträge auf der Tagesordnung. Im Anschluss an die Donnerstag-Sitzung fanden Sitzungen des Sozial und Budgetausschusses statt, um das Sozialrechts-Änderungsgesetz 2007 sowie das Familienlastenausgleichsgesetz und das Kinderbetreuungsgeldgesetz und Änderungen im Stellenplan für den zweiten Sitzungstag „plenarreif“ zu machen.

¹ Alle Abstimmungsergebnisse noch vorläufig; endgültige Fassung ab Mitte Jänner unter www.parlament.gv.at abrufbar.

Die wesentlichsten Inhalte im Detail, nach Tagesordnungspunkten

6. Sitzung, 14.12.2006

TOP 1. Bericht Umweltausschuss über Antrag 24/A(E) betreffend Kollaudierung des tschechischen AKW Temelin ([13 d.B.](#))

Nachweis der Umsetzung aller offenen Sicherheitsmaßnahmen betreffend das AKW Temelin vor der Kollaudierung einstimmig

TOP 2. Bericht Immunitätsausschuss über das Ersuchen des LG für Strafsachen Wien (95 Hv 127/06a) um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Werner Kogler ([9 d.B.](#))

keine behördliche Verfolgung
einstimmig

TOP 3. Bericht Immunitätsausschuss über das Ersuchen des LG für Strafsachen Wien (091 Hv 7/05y) um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Ewald Stadler ([10 d.B.](#))

keine behördliche Verfolgung
einstimmig

TOP 4. Erste Lesung G-Antrag Universitätsgesetz ([1/A](#))

Abschaffung der Studiengebühren; Kompensation Einnahmenausfall aus Regelbudget
Antrag wurde dem Wissenschaftsausschuss zugewiesen

TOP 5. Erste Lesung S-Antrag Änderung Produktpirateriegesetz 2004 ([37/A](#))

jährlicher Bericht über die Anwendung der EG-Produktpiraterie-Verordnung und des Produktpirateriegesetzes

Antrag wurde dem Finanzausschuss zugewiesen

TOP 6. Erste Lesung F-Antrag Änderung Nationalratswahlordnung ([45/A](#))

Adaptierung Bestimmungen über Bundeswahlbehörde

Antrag wurde dem Innenausschuss zugewiesen

TOP 7. Erste Lesung BZÖ-Antrag mtl. Unterstützung für Frauen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, als Anerkennung für die Erziehung ihrer Kinder ([31/A](#))

Mtl. Unterstützung für alleinstehende Frauen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und keine ausreichende Altersversorgung aus Eigenmitteln haben, als Anerkennung für die Erziehung ihrer Kinder; max. 150 €

Antrag wurde dem Sozialausschuss zugewiesen

TOP 8. Erste Lesung G-Antrag Änderung Immissionsschutzgesetz-Luft ([7/A](#))

Aufhebung Vetorecht Verkehrsminister gegen verkehrsbeschränkende Maßnahmen der Landeshauptleute auf Autobahnen und Schnellstraßen; Einschränkung Errichtung neuer Betriebsanlagen in Gebieten mit gesundheitsgefährdender Luftschadstoffbelastung

Siehe Reden

Antrag wurde dem Umweltausschuss zugewiesen

TOP 10. Erste Lesung G-Antrag Änderung B-VG und Geschäftsordnung des Nationalrates ([9/A](#))

Neuregelung Einsetzung und Arbeit von Untersuchungsausschüssen

Antrag wurde dem Geschäftsordnungsausschuss zugewiesen

8. Sitzung, 15.12.2006

TOP 1. Sozialrechts-Änderungsgesetz 2007([19 d.B.](#))

Erhöhung der Mindestpensionen (Ausgleichszulagenrichtsätze ab 1. 1. 2007 für Alleinstehende von 701,04 € auf 726 € sowie für Paare von 1.072,89 € auf 1.091,14 € erhöht)

TOP 2. Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales betreffend Familienlastenausgleichsgesetz und Kinderbetreuungsgeldgesetz([16 d.B.](#))

Eltern von ausländischen Kindern können Familienleistungen ab Geburt des Babys rückwirkend beziehen

TOP 3. 7. BFG-Novelle 2006([20 d.B.](#))

Änderungen im Stellenplan

TOP 4. 3. Novelle zum APG([21 d.B.](#))

Regelungen zur leichteren Administrierbarkeit

TOP 5. Bericht Budgetausschusses über BZÖ-Antrag 30/A Änderung Bundespflegegeldgesetz([17 d.B.](#))

Erhöhung des Pflegegeldes für 2007 um 5 %

TOP 6. Bericht Budgetausschuss über BZÖ-Antrag 35/A betreffend Heizkostenausgleichsfondsgesetz([18 d.B.](#))

Einrichtung eines Heizkostenausgleichsfonds

TOP 7. Bericht des Budgetausschusses über den Antrag 80/A betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzgesetz 2006 geändert wird (7. BFG-Novelle 2006) ([15 d.B.](#))

TOP 8. Bericht Umweltausschuss über den Antrag 18/A über ein Bundesgesetz, mit dem das Emissionszertifikatengesetz geändert wird ([14 d.B.](#))

TOP 9. Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

III. Aktivitäten

a) parlamentarische Anfragen und Anträge

- **Verbringung gefährlicher Abfälle in Nicht-OECD-Staaten** (in Kürze online verfügbar unter http://www.parlament.gv.at/portal/page?_pageid=908,208380&_dad=portal&_schema=PORTAL&P_NR=XXIII)

b) Neuigkeiten aus der EU



- **Emissionshandel - nationale Zertifikate für 2008 bis 2012 verteilt;** <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/1650&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
- **Bekämpfung von Spam, Späh- und Schadsoftware;** 50-80 % des Mailverkehrs sind SPAM;
http://europa.eu.int/information_society/policy/ecom/doc/info_centre/communic_reports/spam/com_2006_0688_f_de_acte.pdf

c) Reden

Herr Präsident! Hohes Haus! Vor etwas mehr als einem Jahr haben beide Regierungsparteien hier im Hohen Haus das Umweltrechtsanpassungsgesetz 2005 beschlossen. In diesem Gesetzeskonvolut waren auch einige Änderungen zum Immissionsschutzgesetz-Luft enthalten, unter anderem das auch von meinem Vorredner jetzt genannte Vetorecht für den Verkehrsminister gegen verkehrsbeschränkende Maßnahmen. Seither müssen die Bundesländer mit dem Verkehrsminister das Einvernehmen herstellen, wenn auf Grund der Abgaswerte Tempobeschränkungen auf Autobahnen länger als drei Monate gelten. Global gesehen hat dieses Umweltrechtsanpassungsgesetz für die Bundesländer eine massive Behinderung im Kampf gegen den Feinstaub gebracht. Das haben seinerzeit nicht nur die Oppositionsparteien, sondern insbesondere die Länder und auch zahlreiche Experten eindeutig festgehalten.

Wir stehen jetzt so wie alle Jahre wieder am Beginn der so genannten Feinstaubsaison. In den nächsten Monaten wird dieses Thema jahreszeitbedingt wieder einmal im Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit stehen. Die Menschen auf der Straße, unsere älteren MitbürgerInnen und vor allem die Eltern kleiner Kinder werden sich ganz zu Recht fragen, wann die Politik endlich flankierende Maßnahmen zur Minderung der Feinstaubbelastung zu setzen gedenkt.

Meine geschätzten Damen und Herren! Heute diskutieren wir über einen Antrag der Grünen, der zumindest den schlimmsten Fehler der damaligen IG-Luft-Novelle durch Wegfall des Vetorechts des Verkehrsministers gegen feinstaubbedingte verkehrsbeschränkende Maßnahmen auf Autobahnen und Schnellstraßen ausmerzen möchte. Die Intention dieses Antrages ist aus unserer Sicht durchaus zu begrüßen und zu unterstützen. Die Palette an Ausnahmebestimmungen für Fahrverbote im IG-Luft ist bereits mehr als umfangreich. Es ist nicht notwendig, dass die Landeshauptleute in Ihren Maßnahmen auch noch zusätzlich durch dieses Vetorecht des Verkehrsministers behindert werden.

Meine geschätzten Damen und Herren! Vielleicht sollte man sich das eigentliche Ziel der IG-Luft-Gesetzgebung wieder einmal in Erinnerung rufen – ich zitiere –:

„Ziel dieses Bundesgesetzes sind ... der dauerhafte Schutz der Gesundheit des Menschen, des Tier- und Pflanzenbestands ... vor schädlichen Luftschadstoffen sowie der Schutz des Menschen vor unzumutbar belästigenden Luftschadstoffen ...“

Hohes Haus! Problemlösungskompetenz bei den Themen Feinstaub, Stickoxyde und Klimaschutz haben in den vergangenen Jahren nicht unbedingt zu den Stärken der Verantwortlichen gehört. Österreich ist vom Kyoto-Ziel Lichtjahre entfernt. Statt minus 13 Prozent zum Basisjahr 90 liegt Österreich um plus 29 Prozent über dem Kyoto-Ziel. Auch die Vorgaben über die Immission von Stickoxyden werden wohl deutlich verfehlt werden.

Meine geschätzten Damen und Herren! Maßnahmen in den zentralen Ansatzpunkten wie Energie und Verkehr, Klimaschutzmaßnahmen im Inland statt Ablasshandel und Freikauf von Verpflichtungen im Ausland und ein ernsthafter Ausbau des nationalen Klimaschutzplans sind daher für die nächsten Jahre ein Gebot der Stunde. – Danke schön.



Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Gerhard Steier

Parlament, 1010 Wien

Telefon: 40110-3661; e-Mail: suzana.lascsak-kerec@parlament.gv.at